

Die Austeritätspolitik der EU

Austern für die Reichen, Miesmuscheln für den Rest



„Austerität“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „Strenge“.
Austeritätspolitik = strenge Sparpolitik des Staates



In Deutschland

Es wurde nicht gespart bei Milliarden von Steuermitteln für Kreditinstitute, Banken und sog. Schlüsselindustrien. „Schlank“ geworden aber sind die Portemonnaies und Konten vieler Menschen, auch dank der Vorarbeit der Schröder/Fischer Koalition.

Trotz Widerstand in der Bevölkerung:

Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben und im Sozialbereich

- Abbau von Sozialleistungen (Renten, Gesundheitssystem, Pflege)
- Abbau der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Einführung von „Hartz IV“
- Druck zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen (verschärft durch unzureichende Finanzausstattung der Kommunen)
- Zu geringe öffentliche Investitionen in Pflegeeinrichtungen, Schulen, in die Infrastruktur (z.B. Brücken, öffentlicher Nahverkehr)
- kaum öffentlich geförderter Wohnungsbau

Schlechtere Arbeitsbedingungen

- Lohnerhöhungen unterhalb des Produktivitätsfortschritts
- Niedrige Entlohnung im öffentlichen Dienst – vor allem in den unteren Lohngruppen
- Steigender Arbeitsdruck, mehr Stress
- Enorme Zunahme von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen: 2016 arbeiteten ca. 7,5 Millionen Menschen in einem Minijob, rund 2,5 Millionen üben diesen Job zusätzlich zu einer regulären Beschäftigung aus. ([Bundestag](#) Drucksache18/13232)

Austeritätspolitik bedeutet für die Betroffenen noch mehr Kontrolle, würdelose Prozeduren, Existenzkrisen; bei noch Lohnabhängigen oft den Zwang, schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, um nicht von „Harz IV“ abhängig zu werden.

Vorgaben der EU

Von den EU-Mitgliedsstaaten wird strengste Haushaltsdisziplin verlangt zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (S. Lissabon-Vertrag Art. 173) und der Stabilität des Euros, einem besonderen Interesse der BRD-Exportwirtschaft. Gemäß herrschender Wirtschaftstheorie gefährdet eine hohe Staatsverschuldung auf den internationalen Finanzmärkten diese Ziele.

Nach neoliberaler Austeritätsrezeptur heißt das: „Schlanker Staat“ (Steuererleichterungen für Großverdiener, Industrie und Kapital, Reduzierung der Staatsausgaben) und mehr Profit für die Unternehmen durch Senkung der Lohnkosten.

Die Austeritätspolitik wurde von der deutschen Regierung besonders vorangetrieben und hat in Europa soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten vertieft. Was in den südeuropäischen „Krisenländern“ als „Strukturanpassung“ durchgesetzt wurde, führt zu Privatisierungen und Abbau von Gemeinwohlaufgaben, zur weiteren Verarmung großer Bevölkerungsgruppen. Es gibt in einigen Ländern eine massive [Arbeitslosigkeit](#), vor allem unter den jungen Menschen (EU-Durchschnitt 16,5%; in Griechenland 40%, in Italien und Spanien rund 30%, [statista](#) 2019)

Die Instrumente der EU zur Durchsetzung der Austeritätspolitik

Der Austeritätsdruck in der EU ist durch die Finanzkrise und deren neoliberale Bearbeitung lediglich verstärkt worden.

Frühere politische Maßnahmen, die in den Mitgliedsstaaten einen Zwang zur Reduzierung öffentlicher Ausgaben erzeugten, gingen vor allem mit der Vorbereitung der Euro-Einführung einher.

- **Maastricht-Vertrag** von 1992: u.a. Obergrenzen von 60% Verschuldung und 3% Haushaltsdefizit,
- **Stabilitäts- und Wachstumspakt** von 1997: Maastricht-Kriterien gelten seither dauerhaft.

Krise des Finanzsystems im Jahr 2008

Der globale Finanzsektor hatte eine Aufblähung des Kapitalmarktes bewirkt. 2008 konnten dann viele große Kredit- und Bankeninstitute die Schuldentilgung im Finanz-Karussell nicht mehr bedienen.

Aus dem Karussell wurde ein Teufelskreis.

Das Herz des neoliberalen Systems, der Finanzmarkt, war angeschlagen. Mit riesigen Summen aus Steuermitteln wurde dann sozusagen frisches Blut in die Finanzkanäle gepumpt. Bei uns kostet die Finanzkrise dem Steuerzahler/der Steuerzahlerin geschätzt 68 Milliarden Euro. Umgerechnet auf eine vierköpfige Familie sind dies mehr als 3000 Euro für die Pleitebanken. In Spanien wurden ca. 65 Mrd./ rund 15 % des Staatshaushaltes zur Rettung der Banken ausgegeben. Die Rettung der Verursacher der Krise hatte höchste Priorität! (*Süddeutsche Zeitung 12. Sept. 2018, <https://bit.ly/2MvF6Ff>)*

Harte Folgen der Finanzkrise 2008

- vor allem in südeuropäischen Staaten

- hohe Anzahl von **Firmenpleiten** und in der Folge astronomischer Anstieg der **Arbeitslosigkeit**.
- Viele Menschen konnten Kredite nicht zurückzahlen, Zehntausende erlitten **Zwangsräumungen**.
- Durch die Bankenrettungen wurde aus der Finanzkrise eine **Staatsschuldenkrise**.

Für die krisengeschüttelten Staaten verteuerte sich die Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt enorm. Im Gegenzug zu Überbrückungskrediten wurden die südeuropäischen Staaten, allen voran Griechenland, von der „Troika“ (**EU-Kommission, IWF und Europäische Zentralbank**) gezwungen, eine harte **Austeritätspolitik** in ihren Ländern durchzusetzen – nicht zuletzt auf Druck der BRD und ihres Finanzministers Wolfgang Schäuble. **Drastische Kürzungen** im Gesundheits- und Bildungssystem, bei Sozial-, Arbeitslosen- und Rentenleistungen, die **Aushebelung von Tarifverträgen** und die Ausweitung von prekären Arbeitsverhältnissen ließen die Binnennachfrage einbrechen. Die Kreditgeber erzwangen den **Ausverkauf staatlichen Eigentums** (Infrastruktureinrichtungen wie Häfen, Energie- und Wassersektor; Privatisierung weiter Teile des öffentlichen Dienstes und des Gesundheitssystems etc.).

Verschärfung der Haushaltskontrolle

Seit 2011 müssen die nationalen Haushaltsentwürfe der europäischen Kommission zur Überprüfung vorgelegt werden (Stichwort: „**Europäisches Semester**“). Staaten, die diese Ausgabenregeln nach Meinung der EU-Kommission nicht erfüllen, werden mit umfangreichen Sanktionen bedroht. Ein souveräner Handlungsspielraum von EU-Mitgliedsstaaten für die Stimulierung der Wirtschaft durch erhöhte Staatsausgaben oder um soziale Notlagen zu lindern, existiert kaum noch.

Die Aufnahme von Krediten zum Ausgleich des Staatshaushalts ist nur in einem sehr eng begrenzten Rahmen zulässig. In der BRD wurde bereits 2009 eine „**Schuldenbremse**“ für die öffentlichen Haushalte beschlossen. 2012 wurde – nicht zuletzt auf Drängen der BRD – der **Europäische Fiskalpakt abgeschlossen**. Er verschärft die Maastricht-Kriterien: Das Haushaltsdefizit auf allen staatlichen Ebenen darf nicht höher als 0,5 % des BIP sein; sonst erfolgen Sanktionen.

Der **European Stability Mechanism (ESM)** schnürt Rettungspakete für überschuldete EU-Länder, wenn sie zuvor **Memoranda of Understanding (MoU) mit Austeritätsprogrammen** unterzeichnen und den Fiskalpakt akzeptiert haben. Der ESM ist – wie die EZB – jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen.

Die EU-Kommission ist eine treibende Kraft hinter der Austerität aufgrund

a) ihrer exklusiven Kompetenz zur Initiierung von Gesetzesinitiativen,
b) ihrer Immunisierung gegen demokratische Rechenschaftspflichten (sie kann durch das EP stets nur als Ganzes bestätigt oder abgelehnt werden)
c) ihrer engen Zusammenarbeit mit Wirtschaftslobbyisten zulasten aller anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Die Austeritätspolitik führt nicht zum versprochenen Erfolg

„Wirtschaftswachstum, mehr Einkommen für alle“?
Die Liquiditätsspritzen der Europäischen Zentralbank (EZB) – Senken des Leitzinses gegen 0, Aufkauf von Staatsanleihen in allen EU Staaten – tragen nicht zur Ankurbelung der Wirtschaft bei. Sie füttern eher wieder neue Blasen in den Finanzmärkten, insbesondere im Bereich der Immobilienspekulation.

Zum Weiterlesen:

Thomas Fritz, *Die Durchsetzung von Austerität in der EU* (2017), <https://www.attac.de/kampagnen/europa/aktuelles>
Die Position der Bundesregierung: [Bundesministeriums für Finanzen](#), *Haushaltspolitische Überwachung der EU*

Fazit: Austeritätspolitik bewirkt

- eine Umverteilung von unten nach oben(1):
 - Schleichende Verelendung von mindestens einem Viertel der EU-Bevölkerung(2), die zunehmend auch Teile der Mittelschichten bedroht.
 - Ungeheure Reichtumskonzentration in den Händen einiger weniger.
- Investitionen stagnieren. Die beschwörten Selbstregulierungsmechanismen des Marktes versagen immer deutlicher. Die Belastung unserer Umwelt nimmt bedrohliche Ausmaße an.

Sozialer Widerstand in der EU gegen das Austeritätsdiktat

2011 besetzten in den Großstädten fast ganz **Spaniens** vor allem junge Menschen über Wochen zentrale Plätze. Mehr als 2/3 der krisengeschüttelten spanischen Bevölkerung sympathisierte mit dieser neuen Protestform.

Bis heute gibt es landesweite, große Demonstrationen und andere Protestformen z.B. von RentnerInnen und den Beschäftigten im Gesundheits- und Bildungswesen gegen die Auswirkungen der Spardiktate.



Auch in **Griechenland** wehrten sich viele Menschen gegen die Spardiktate der EU mit Demonstrationen, Platzbesetzungen, Streiks, Besetzungen. Die „**Troika**“ (europäische Kommission, EZB, IWF), die die Interessen des transnationalen Finanzkapitals vertritt, zwang 2015 der Syriza-Regierung das schärfste Austeritätsprogramm in Europa auf. Die Weigerung der Europäische Zentralbank (EZB), die für die gängigen Bankengeschäfte notwendigen Gelder zu Verfügung zu stellen, war entscheidend für die Akzeptanz des Diktats der Troika durch die griechische Regierung. Damit konnte jedoch der Widerstandswille großer Teile der Bevölkerung gegen die verordneten Verelendungsprogramme nicht gebrochen werden.

(1) Vgl. 5. Armuts- und Reichtumsbericht, Kurzfassung (2017 erschienen), Seite 10: „[...] Zu Beginn der 2000er Jahre waren die Einkommen [...] deutlich gleichmäßiger verteilt.[...]“

(2) <https://u.to/UasIFQ>

In **Deutschland** gab es z.B. Demonstrationen und Streiks gegen Harz IV und die Rente mit 67, Widerstände gegen Privatisierungen, auch Streiks bei Tarifverhandlungen.



Heute finden in **mehreren EU-Ländern** große Protestaktionen gegen die Zerstörung des Arbeitsrechts und die zunehmende Prekarisierung der Arbeit (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Ungarn, ...) statt.



Aktuell kämpfen in **Frankreich** die Gelbwesten mit Versammlungen, Demonstrationen und Blockaden gegen die neoliberalen Reformen, Steuer- und Kürzungsmaßnahmen der Macron-Regierung.



Unsere Alternativen

Das Recht von **allen Menschen** auf ein glückliches, gutes, nachhaltiges, sozial abgesichertes Leben müssen wir wieder in unseren Köpfen und auf der Straße zurückerobern.

Der gesellschaftliche Reichtum dafür ist weltweit vorhanden. Allerdings muss Europa mit der Ausbeutung von Menschen und der Plünderung von Ressourcen anderer Kontinente aufhören.

Die neoliberale Austeritäts-Doktrin muss denunziert werden als das was sie ist: Eine gigantische Umverteilung von gesellschaftlich produziertem Reichtum zu Gunsten der oberen 10 000.

Deshalb lehnen wir Instrumente wie die Schuldenbremse sowie den Fiskalpakt der EU ab.

Wir verlangen, dass der gesellschaftliche Reichtum allen Menschen zugute kommt. Für eine gute öffentliche Daseinsvorsorge und den ökologische Umbau brauchen wir

- eine andere Steuerpolitik:

- stärkere Besteuerung der „Superreichen“ und der multinationalen Konzerne (z.B. Gesamtkonzernsteuer),
- Besteuerung aller Finanz- und Spekulationsgeschäfte und Regulierung der Finanzmärkte,
- Verhinderung von Steuerdumping und Steuerflucht, Schließung der Steueroasen.



- eine andere staatliche Ausgabenpolitik,

also u.a.:

- Senkung der Rüstungsausgaben,
- mehr Geld für Gesundheit, Bildung und Soziales,
- staatliche Eingriffe in den Immobilienmarkt zur Schaffung von genügend preiswerten Wohnungen,
- Förderung nachhaltiger Stadt- und Mobilitätskonzepte.

- Keine Privatisierungen öffentlicher Güter und öffentlicher Dienstleistungen, Rücknahme bereits erfolgter Privatisierungen



- Überprüfung des Zustandekommens von staatlichen Schulden (z.B. durch Bankenrettung!)

Wir streiten ebenfalls für

soziale und solidarische Regeln:

- Deutliche Erhöhung des Mindestlohns, von Mindestrenten, „Sozialbezügen“, um ein Gutes Leben für alle zu gewährleisten
- Ökologischer Umbau der Gesellschaften in der EU, Arbeitszeitverkürzung und Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Stärkung regionaler, kommunaler Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen (Gemeinwohlökonomie)

Als Teil eines europaweiten, emanzipatorischen Blocks

- unterstützen wir die Kämpfe der Menschen in der gesamten EU gegen die Austeritätspolitik
- betreiben wir eine aktive Vernetzung mit Gemeinden, Städten, Basisinitiativen, Gewerkschaften in ganz Europa, die nach Wegen raus aus dem destruktiven Spardiktat Brüssels und der Allmacht der multinationalen Konzerne und Finanzmärkte suchen.

Das bedeutet eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und nicht für die Finanzoligarchien und Lobbys in Berlin/Brüssel

Zum Nachlesen: Projekt-Gruppe Europa von Attac Deutschland,
<https://www.attac.de/kampagnen/europa/startseite/>